

Kampfzone Arbeitsmarkt?

Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu Verdrängungsprozessen am Arbeitsmarkt. Debattiert wird – auch hier – aber vor allem über Flucht und Migration.

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

Bis zu einer halben Million Menschen sind heuer gleichzeitig von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Rekordwert, obwohl Österreich im europäischen Vergleich mit einer Arbeitslosenquote von 6,6 Prozent Ende Juli immer noch deutlich unter dem EU-Schnitt liegt. Gleichzeitig mit der Arbeitslosigkeit steigt auch der Druck auf die Beschäftigten: Die AK Oberösterreich ortet in ihren Untersuchungen die niedrigste Arbeitszufriedenheit seit zwölf Jahren. Im Windschatten wachsender Unsicherheit und Unzufriedenheit bieten rechte PopulistInnen – einmal mehr – einfache Erklärungen und Rezepte an. Ein „Zuwanderungsstopp“, so die Behauptung, würde „Arbeit für uns Österreicher“ bedeuten.

Zuwanderung und Arbeitsmarkt

Österreich lag mit seiner Nettomigrationsrate, also dem Saldo aus Zu- und Abwanderung, im Jahr 2015 zwar nur im europäischen Mittelfeld. 120.000 Personen, die im Vorjahr zugewandert sind, stellen nichtsdestotrotz eine Herausforderung dar. Neben den Menschen, die aus Bürgerkriegsgebieten nach Österreich kamen, hielt der Zustrom aus anderen EU-Staaten wie Rumänien und Ungarn, gefolgt von Deutschland und Kroatien ungebrochen weiter an. Nicht SyrerInnen oder IrakerInnen, sondern deutsche Staatsangehörige (176.463) gefolgt von – oft lange ansässigen – Personen aus Serbien, der Türkei und Bosnien stellen mo-

mentan die größten MigrantInnengruppen dar. Für den Arbeitsmarkt bedeutend sind darüber hinaus PendlerInnen aus Ungarn und – v. a. für den Hauspflegebereich – auch aus der Slowakei.

Verdrängung

Unmittelbar würden laut IHS wegen der Zuwanderung allerdings kaum ÖsterreicherInnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Während österreichische Staatsangehörige zwar die Statistik bei den Langzeitarbeitslosen deutlich anführen, sind in den letzten Jahren Personen aus der Türkei (aktuell 20 Prozent Arbeitslose im Segment türkischer StaatsbürgerInnen in Österreich), dem ehemaligen Jugoslawien (15 Prozent) und nicht zuletzt sonstigen (nicht europäischen) Staaten (25 Prozent) auf dem Arbeitsmarkt immer weiter zurückgefallen.

Der Hintergrund: Vor allem ArbeitnehmerInnen aus Serbien und der Türkei wurden in Niedriglohnbereichen durch Personen aus Osteuropa mit besseren Qualifikationen und/oder Sprachkenntnissen ersetzt.

Besonders negativ betroffen sind darüber hinaus jene Personen, die vor Krieg und Verfolgung nach Österreich geflohen sind. Für sie bleibt – auch wenn der entsprechende formale (Zugangs-)Status bereits vorhanden ist – der Zugang zum Arbeitsmarkt faktisch verschlossen. Von 9.520 Personen, die im Vorjahr einen Asylstatus erhalten haben, waren Ende Juli lediglich zehn Prozent (957 Personen) beschäftigt. Im Juli waren insgesamt 25.168 Menschen mit Asylstatus bzw. subsidiär Schutzberechtigte dem AMS

gemeldet. Bemerkenswert: Auch die – in Österreich oft hysterisch – geführte Diskussion um die generelle Öffnung des Arbeitsmarktes für alle AsylwerberInnen ändert offenbar wenig an dieser „gläsernen Decke“. Auch in Schweden, wo die entsprechende Öffnung längst existiert, haben 2013 und 2014 gerade einmal 450 AsylwerberInnen Arbeit gefunden. Die eigentliche Frage lautet somit: Wie können Personengruppen in den Arbeitsmarkt (wieder) integriert werden, die hier völlig legal leben, nach Beschäftigung suchen und zum Teil auch jahrelang in die Sozialtöpfe eingezahlt haben?

Über Bildung zur Integration

Selbstverständlich existieren spezifische Schwierigkeiten, mit denen bestimmte Gruppen von MigrantInnen konfrontiert sind. Dies können etwa fehlende Netzwerke, aber auch Sprachprobleme sein. Einig sind sich alle ExpertInnen darüber, dass Bildung – beginnend bei einem ausreichenden Angebot an Sprachkursen – die individuellen Chancen am Arbeitsmarkt erhöht.

Einher geht damit in der Regel auch die berechtigte Kritik am österreichischen Bildungssystem, das noch immer zögerlich auf die Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft reagiert. Probleme stellen dabei – aktuell besonders – die Anerkennung und Verwertung von mitgebrachten Abschlüssen und Kompetenzen sowie maßgeschneiderte Angebote für oft hoch motivierte, junge Erwachsene bzw. ältere Jugendliche dar.

Programme wie „More“, das inzwischen 700 Flüchtlinge an die Unis ge-